

Für die Zukunft der Gemeinde

Gottenheim will das Gemeindeentwicklungskonzept weiterführen / Auftragsvergabe

Gottenheim. Gefördert durch das Landessanierungsprogramm (LSP) wurden in Gottenheim in den vergangenen zwölf Jahren wichtige Projekte begonnen, umgesetzt und weitgehend abgeschlossen. Vor allem um den Bau des neuen Kindergartens zu realisieren, wurde vom Land Baden-Württemberg der 2016 auslaufende Förderzeitraum bis zum 30. April 2020 verlängert. Insgesamt sei Gottenheim schon seit rund 30 Jahren im Landessanierungsprogramm, informierte Bürgermeister Christian Riesterer den Gemeinderat in der Sitzung am 8. Mai. Für die Sanierung des Gebietes „Ortskern II“ von 2008 bis zunächst 2016 und verlängert bis 2020 konnten rund 1,3 Millionen Euro aus der Landeskasse abgerufen werden. Um auch bei weiteren Maßnahmen Mittel aus einem Programm zur Städtebauförderung zu erhalten, soll in Gottenheim das Gemeindeentwicklungskonzept weitergeführt werden. Der Gemeinderat beauftragte dazu in seiner Sitzung am 8. Mai die Sanierungsgesellschaft KommunalKonzept aus Freiburg mit der Weiterentwicklung des Gemeindeentwicklungskonzeptes und den zur Aufnahme in die Städtebauförderung erforderlichen Leistungen, wie etwa der Antragstellung im Rahmen der Städtebauförderung, der vorbereitenden Untersuchungen und eines Bürgerbeteiligungsverfahrens.

Bisher hatte Gottenheim beim Gemeindeentwicklungskonzept mit der STEG Stadtentwicklungsgesellschaft aus Stuttgart zusammengearbeitet. Den Wechsel zu einem neuen Partner bei der Gemeindeentwicklung erklärte Bürgermeister Chris-



Für die Sanierung des Gebietes „Ortskern II“, in dem sich auch der neue Kindergarten mit Vorplatz befindet, konnten rund 1,3 Millionen Euro aus der Landeskasse abgerufen werden. Nun will Gottenheim das Gemeindeentwicklungskonzept weiterführen.

Foto: ma

tian Riesterer mit dem günstigeren Angebot der KommunalKonzept-Gesellschaft und mit der räumlichen Nähe des Freiburger Büros. Der Gemeinderat folgte einstimmig dem Vorschlag der Verwaltung und sprach sich für die Beauftragung der KommunalKonzept aus.

Zum Angebotspreis von 15.136 Euro brutto wird die KommunalKonzept nicht nur städtebauliche Aufgaben erledigen, sondern auch ein Bürgerbeteiligungsverfahren in die Wege leiten und durchführen. Grundsätzlich gehören Themen wie Wirtschaft und Nahversorgung, Bildung- und Betreuungsangebote, die Stärkung der Gemeinschaft und des Vereinslebens, die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur sowie der Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz in das Arbeitspaket der Gemeindeentwicklung.

Insgesamt gehe es darum, die Ergebnisse des Entwicklungskonzeptes fortzuschreiben, erläuterte Geschäftsführer Matthias Weber von KommunalKonzept im Gemeinde-

rat. Ein Bürgerbeteiligungsprozess sei nach aktueller Rechtslage die Grundlage für die Aufnahme in ein Städtebau-Förderprogramm wie etwa das Landessanierungsprogramm. Allerdings sei in Zeiten der Corona-Beschränkungen eine Bürgerbeteiligung in bisheriger Form mit Workshops und einer großen Abschlussveranstaltung nicht gut denkbar. Der Zeitplan sei aber eng gesteckt - die Antragsfrist ende am 1. Oktober dieses Jahres. Man denke nun über eine digitale Bürgerbeteiligung nach. Es gebe hier verschiedene Möglichkeiten, mit denen man sich erst vertraut machen müsse. Denkbar sei eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet, dazu werde man eine Homepage kreieren. Auch ein Ortsrundgang per Smartphone, Plakate und digitale Diskussionsrunden seien denkbar. Man könne sich vorstellen, so Matthias Weber, dass durch eine digitale Beteiligungsform auch jüngere Bürgerinnen und Bürger erreicht werden könnten. (ma)

Land baut das Radnetz aus

Förderung von Radwegen

Gottenheim/Umkirch. Die drei Gemeinden Umkirch, March/Buchheim und Gottenheim profitieren vom Radwege-Bauprogramm des Landes. Auf einer Länge von 1,5 Kilometern werden Teilsabschnitte des Radwegs von March nach Gottenheim an der Landesstraße L187 sowie 0,8 Kilometer des Umkircher Radwegs neu gebaut. Diese Radwege an Landesstraßen wurden ins Bauprogramm für die Jahre ab 2020 aufgenommen.

„Mit dem Neu- und Ausbau der Radwege verbessert sich die Infrastruktur im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald“, betont die Freiburger Landtagsabgeordnete Edith Sitzmann (GRÜNE). „Wir wollen das Rad für den Alltag attraktiver machen. Dafür brauchen wir auch im ländlichen Raum ein möglichst lückenloses Netz gut ausgebauter Wege. Nahezu alle Bürgerinnen und Bürger besitzen und nutzen ein Fahrrad. Wir räumen der notwendigen Infrastruktur daher einen hohen Stellenwert ein“, so Sitzmann.

Das Land steigert den Förderrahmen für den Radwegbau in Baden-Württemberg weiter deutlich. Bauvorhaben im Bereich Rad- und Fußverkehr sind in diesem Jahr mit einer Förderhöhe von 58 Millionen Euro in das Landesförderprogramm aufgenommen. 2019 waren es 30 Millionen Euro, 2018 wurden 18 Millionen Euro ausgegeben. Bis 2030 sollen alle baden-württembergischen Ober- und Mittelzentren durch 7.000 Kilometer neu gebaute, erweiterte und besser miteinander vernetzte Radwege verbunden sein. (RK)